

11. Berliner Colloquium zur Zeitgeschichte

Western Societies and »New Wars«

Konzept: Sönke Neitzel (London School of Economics and Political Science)

Konferenzsprache: Englisch

26. und 27. April 2013

Im Gespräch

Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte: »Western Societies and »New Wars« since 1990« – das ist ein weites Feld. Worum ging es konkret?

In der Tat, ein weites Feld. Schließlich hat der Paradigmenwechsel von 1990 den politischen, juristischen und öffentlichen Rahmen der globalen Sicherheitspolitik vollkommen verändert. Die seitdem geführten »out-of-area« Einsätze haben die Europäer gezwungen, uns mit der sicherheitspolitischen Identität Europas auseinanderzusetzen. Und das heißt: mit den Fragen, *wofür* und *wie* man künftig Krieg führen wolle. Für die meisten Staaten handelte es sich um die ersten Kampfeinsätze seit dem Zweiten Weltkrieg; für Großbritannien bedeutete es das größte militärische Engagement seit dem Korea-Krieg. Kriegsverbrechen, zweifelhafte moralische und rechtliche Legitimationen, die nicht enden wollenden Kämpfe erst im Irak und dann in Afghanistan, dazu schmerzhaft Verluste – all das führte zu intensiven Debatten über den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Dies gilt für alle NATO- und EU-Staaten, besonders aber für jene, die wie die Niederlande oder auch Deutschland ein sehr kritisches Verhältnis zum Militär haben.

Über die Veränderung des Krieges und die neuen Herausforderungen seit 1990 ist bereits viel geschrieben worden. Da war es hohe Zeit, aus einer internationalen Perspektive zu fragen, wo wir stehen, Desiderate zu identifizieren und neue Wege der Forschung aufzuzeigen. Dazu haben Historiker, Politikwissenschaftler und Soziologen aus acht Ländern vier Themenfelder diskutiert: die gesellschaftlichen, politischen und militärischen Diskurse über die neuen Kriege sowie den Einfluss der »New Wars« auf die »master narratives« vergangener Kriege, wie den Zweiten Weltkrieg, Vietnam oder Algerien.

BCZ: Sind die »New Wars« wirklich so neu?

Der Begriff der »New Wars« ist durchaus umstritten. Vollkommen zu Recht ist gerade aus historischer Perspektive darauf hingewiesen worden, dass es asymmetrische Kriege natürlich schon immer gegeben hat. Der Begriff wurde auf der Tagung lediglich im Sinn der großen militärischen Konflikte nach 1990, also der »post cold war conflicts« verstanden. Unbestritten markiert der Irakkrieg von 1990/91 einen Übergang zwischen dem klassischen Kriegsszenario des Zusammenpralls großer konventioneller Armeen hin zu »out-of-area« Operationen gegen nicht-kommunistische Gegner. Die Kriege, die nun folgten – ich denke an das ehemalige Jugoslawien, Somalia, den Irak 2003 oder auch an Afghanistan –, hatten dann mit den Doktrinen des Kalten Krieges nur noch wenig zu tun.

BCZ: Was waren die wesentlichen Ergebnisse des Colloquiums?

Die vielleicht bedeutendste Erkenntnis lautet, dass die Deutschen mit ihrem kritischen Verhältnis zum Militär im europäischen Vergleich keine Ausnahme darstellen. Im Oktober 2005 sprach der damalige Bundespräsident Horst Köhler vom »freundlichen Desinteresse« der Deutschen an der Bundeswehr – ein Urteil, das in der Publizistik mehrfach unterstrichen, ja geradezu zum Faktum erhoben wurde. Die sozialwissenschaftliche Forschung hat unterdessen freilich nachgewiesen, dass Köhlers Wahrnehmung zumindest in dieser verkürzten Form nicht zutrifft. Die Umfragen zeigen vielmehr, dass es in der Bevölkerung eine große Anerkennung für die Streitkräfte gibt, die sich im europäischen Mittel bewegt. Nur in Großbritannien und der Türkei ist sie größer. Hinzu kommt, dass der gesellschaftliche Zuspruch zur Bundeswehr seit dem Ende des Kalten Krieges erheblich gestiegen ist. Gleichwohl trifft dies nicht für Kampfeinsätze zu, die eine große Mehrheit der Deutschen stets ablehnte und auch weiterhin ablehnt. Ähnlich verhält es sich im europäischen Ausland. Im Verständnis der meisten Kontinentaleuropäer sind die Streitkräfte vor allem für »peace-keeping« Einsätze gedacht. Sie sollen in anderen Worten Frieden schaffen, nicht aber die Interessen des eigenen Landes militärisch durchsetzen. Ganz anders in den USA: Hier befürwortet eine große Mehrheit der Bevölkerung militärische Einsätze zum Erreichen materieller und realpolitischer Ziele.

Die landläufige Ansicht, dass die Ablehnung von Auslandseinsätzen wächst, je höher die Verluste sind, trifft so im Übrigen auch nicht zu. Auf dem Colloquium haben Beatrice de Graaf und Ron Krebs darauf hingewiesen, dass es zumindest für die Niederlande und die USA keinen kausalen Zusammenhang zwischen der

Ablehnung von Kampfeinsätzen und der Zahl von Gefallenen gibt. Offenbar ist die Bevölkerung durchaus bereit, Opfer zu akzeptieren, wenn sie den Sinn der Einsätze versteht. Die ablehnende Haltung in den beiden genannten Ländern hat sich also nicht in erster Linie durch die Verluste, sondern durch das Legitimitätsdefizit der Operationen im Irak und in Afghanistan herausgebildet. An den Zustimmungswerten zu den jeweiligen Streitkräften hat die kritische Einstellung jedoch nichts zu ändern vermocht. Die Werte blieben auch angesichts von Verlusten auf einem gleichbleibend hohen Niveau, wie die Meinungsforschung zeigte.

BCZ: Was sind Ihrer Meinung nach die Desiderate der Forschung?

Eindeutig die Innenansicht der Streitkräfte. In den Debatten um die »out-of-area« Einsätze der NATO-Staaten erscheinen diese vielfach als »black box«. Die meisten Veröffentlichungen zum Thema sind – obwohl in wissenschaftlichen Sammelbänden oder Zeitschriften publiziert – bemerkenswert theoriearm und kaum quellengesättigt. Zudem fehlt meist der Bezug zur soldatischen Praxis vor Ort, zu den taktischen und operativen Aufgaben der Truppe, der strategischen Gesamtlage oder auch den Ausbildungsrichtlinien der eingesetzten Einheiten. Problematisch ist auch, dass die Diskussion um Soldatenidentitäten zumeist hochgradig normativ aufgeladen ist und um die Frage kreist, wie der Soldat sein solle. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Italien oder Spanien, wo man die Soldaten vor allem auf ihre zivilen Aufgaben reduziert sehen möchte. Dem Innenleben der Streitkräfte wird man auf diese Weise allerdings nicht gerecht. Und deshalb ist über die Wirkung der Auslands- und Kampfeinsätze auf das Selbstverständnis der europäischen Armeen und das Selbstbild ihrer Soldaten nur sehr wenig bekannt. Es wäre außerordentlich wünschenswert, dass sich die Wertewandelforschung, wie sie in den Sozial- und Geschichtswissenschaften betrieben wird, künftig auch dem Militär zuwendet. Hier will ich – in Zusammenarbeit mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Colloquiums – für zukünftige Forschungen ansetzen.